

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzende Anja Mandt

Ausschussmitglied Sven Schoolmann

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt

Vertreter Marvin Hager

Stellv. Ausschussvorsitzender Detlef Schön (fehlt entschuldigt)

Ausschussmitglied Kristian Stoermer (fehlt entschuldigt)

Beigeordnete Christina Heide

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart

Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Olaf Fischer

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Detlef Stump (fehlt entschuldigt)

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Dr. Günther Schulte

Dezernent

Stadtbaurat Niksa Marusic

vom Eigenbetrieb

Stellv. Betriebsleiterin Petra Burmeister (fehlt entschuldigt)

Stellv. Betriebsleiter Hartmut Gundlach (fehlt entschuldigt)

Protokollführerin

Protokollführerin Andrea Müller

als Gast

Ratsmitglied Stefan Becker

Ratsmitglied Michael von den Berg

Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Herr Walkenhorst

Stadtrat Herr Bruns

vom Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude Kristin Watermann

vom Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude Christian Kroll

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Rat
- 3.1 Richtlinie zur Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen im Ortsratsgebiet **159/2022**
- 3.2 Verkauf der Gebäude Peterstraße 126, 126a, 126b (Erbbaurecht) **240/2022**
- 3.3 Vorbereitung des Verkaufs des Grundstücks Grenzstr. 24 (alte Stadthalle) und Errichtung einer neuen Stadthalle **265/2022**
- 3.4 Wirtschaftsplan GGS Ausführung 2022 – Vorbereitung 2023 **267/2022**
- 3.5 Antrag der WIN@WBV-Fraktion: Dachbegrünung von Bushaltestellen **539/2022**
- 3.6 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Aufnahme eines beratenden Mitgliedes aus dem Seniorenbeirat in die Fachausschüsse **546/2022**
- 3.7 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: Sanierung und Ausbau Pumpwerk **556/2022**
- 3.8 gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: „Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“ **557/2022**
- 3.9 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Fusion von TBW und GGS **563/2022**
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Tanzveranstaltung in der Stadthalle
- 4.2 Verlegung der BGGs Sitzung auf den Nachmittag

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Mandt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in vorliegender Form festgestellt.

Frau Stomberg stellte einen Antrag auf Vertagung:

Der TOP 3.9 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Fusion von TBW und GGS
563/2022

Der TOP 5.1 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Fusion von TBW und GGS

Dem Änderungsantrag wurde **einstimmig zugestimmt**.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Richtlinie zur Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen im Ortsratsgebiet **159/2022**

Herr Marušić führte in das Thema ein und erläuterte, dass die Vorlage redaktionell, auf Anregung des Ortsrates, bezüglich der Bewertungskriterien bei denen die bisherige Bewirtschaftungsfläche über 90 ha beträgt überarbeitet wurde.

Ergänzend werden die hiesigen Landwirte, die über das Landvolk eine Liste abgeben, direkt an den Ausschreibungsverfahren beteiligt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verabschiedung der Richtlinie zur Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen im Ortsratsgebiet wird zugestimmt.

3.2 Verkauf der Gebäude Peterstraße 126, 126a, 126b (Erbbaurecht)

240/2022

Herr Marušić leitete in das Thema ein und erläuterte, dass die ehemalige Grundschule Peterstraße mit ihren Nebengebäuden zu einer Kindertagesstätte werden soll. Zu diesem Zweck soll die Immobilie, in der sich derzeit eine Flüchtlingsunterkunft befindet, an einen privaten Investor verkauft werden.

Herr Tönjes kritisierte, dass der Namen des Käufers und der Verkaufspreis nicht öffentlich genannt wurden. Denn die Namensnennung sei kein Grund es nicht öffentlich zu machen.

Herr Marušić führte hierzu aus, dass eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird und der Höchstbietende hat der Nennung seines Namens in der öffentlichen Sitzung widersprochen.

Herr Tönjes stellte weiterhin für diesen Sachverhalt die ordnungsgemäße Abwägung des Informationsinteresses der Öffentlichkeit mit den Schutzinteressen des Käufers in Abrede und erwog die Aufsichtsbehörde in dieser Angelegenheit zu konsultieren und gegebenenfalls weitere Rechtsmittel auszuschöpfen.

Frau Stomberg schlug vor in der Begründung der Informationsvorlage, in der zweiten Zeile, das Wort „z.B.“ zu streichen, damit klargestellt wird, dass eine Kindertagesstätte entstehen soll.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Beabsichtigt ist der Verkauf der ehemaligen Grundschule in der Peterstraße mit den Hausnummern 126, 126a und 126b bestehend aus einem Schulgebäude, einem Wohnhaus und einem Nebengebäude (WC) mit einer Gesamtnutzfläche von 2.787 m² auf dem Flurstück 2081/46, Flur 9, Gemarkung Rüstringen an dem im Rahmen des Bieterverfahrens ausgewählten Bieter bzw. eine von diesem noch zu gründende Besitzgesellschaft.

Darüber hinaus wird der Abschluss eines entsprechenden **Erbbaurechtsvertrags** für das o. g. Flurstück mit einer Gesamtfläche von 6.219 m² angestrebt.

3.3 Vorbereitung des Verkaufs des Grundstücks Grenzstr. 24 (alte Stadthalle) und Errichtung einer neuen Stadthalle **265/2022**

Herr Marušić führte in das Thema ein und erläuterte ausführlich die Vorlage.

Herr Fischer trug den Änderungsantrag der Fraktion WIN@WBV vor:

1. *Der Rat beschließt für das Grundstück Grenzstraße 24 ein Interessenbekundungsverfahren zu eröffnen, welches auf die Realisierung einer Stadthalle und/oder einer weiteren städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeit abzielt.*
2. *Der Rat der Stadt Wilhelmshaven spricht sich grundsätzlich für die Notwendigkeit einer Stadthalle aus. Dabei soll zukünftig das unternehmerische Risiko von einem privaten Betreiber getragen werden.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Interessenbekundungsverfahrens sowie der wirtschaftlichen und personellen Ressourcen zu prüfen. Die vorliegende Nutzungs- und Entwicklungsstudie wird zu diesem Zweck aktualisiert. Abhängig vom Ergebnis der Prüfung wird dann ein geeigneter Standort für eine Stadthalle ermittelt und das Ergebnis dem Rat zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.*

Herr Fischer erläuterte, dass es unterschiedliche Einschätzungen von Ratsmitgliedern und Verwaltung gibt, ob an der Grenzstraße nicht doch eine neue Stadthalle realisiert werden könnte. Die Fraktion WIN@WBV ist der Auffassung mit Hilfe eines Interessenbekundungsverfahrens könnten Investoren realisierbare Vorschläge für eine neue Stadthalle oder ein anderes Projekt an dem Standort darlegen. Des Weiteren war **Herr Fischer** überrascht, dass der Kulturausschuss ein klares Bekenntnis zur Stadthalle mehrheitlich verweigert hatte. Bei gesellschaftlichen Veranstaltungen von mehr als 500 Personen sollte das Oberzentrum Wilhelmshaven auch künftig einen Raum für Veranstaltungen bieten können. Wichtig sei weiterhin, dass bei einer eventuellen Realisierung im Bestand an der Grenzstraße sich die zukünftige Stadthalle in das Erdgeschoß verlegt werden sollte.

Herr Tönjes und **Frau Stomberg** widersprachen einer En-bloc-Abstimmung, sowohl im Änderungsantrag als auch in der Vorlage der Verwaltung.

Herr Burkhart brachte einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag zu Absatz 3 letzter Satz des Antrages ein.

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Interessenbekundungsverfahrens sowie der wirtschaftlichen und personellen Ressourcen zu prüfen. Die vorliegende Nutzungs- und Entwicklungsstudie wird zu diesem Zweck aktualisiert. Abhängig vom Ergebnis der Prüfung wird dann ein geeigneter Standort, unter Einbindung der Ergebnisse der Einwohnerbefragung und dem Votum des Bürgerbegehrens für eine Stadthalle ermittelt und das Ergebnis dem Rat zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.*

Herr Fischer ergänzte, dass die Fraktion WIN@WBV den Vorschlag in ihren Änderungsantrag mit übernehmen würde.

Dem Änderungsantrag zum Änderungsantrag wurde mit **6 x Ja**-Stimmen und **3 x Nein**-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Herr Tönjes sah eine Stadthalle in kommunale Trägerschaft, mit Blick auf das Klinikum, mehr als kritisch an. Seiner Ansicht nach, kann eine Realisierung einer neuen Stadthalle nur in privater Hand geschehen.

Abstimmung des geänderten Änderungsantrages:

- 1. Der Rat beschließt für das Grundstück Grenzstraße 24 ein Interessenbekundungsverfahren zu eröffnen, welches auf die Realisierung einer Stadthalle und/oder einer weiteren städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeit abzielt.*

Der geänderte Änderungsantrag wurde mit **6 x Ja**-Stimmen und **3 x Nein**-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

- 2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven spricht sich grundsätzlich für die Notwendigkeit einer Stadthalle aus. Dabei soll zukünftig das unternehmerische Risiko von einem privaten Betreiber getragen werden.*

Der geänderte Änderungsantrag wurde mit **3 x Ja**-Stimmen, **5 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** **mehrheitlich abgelehnt**.

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Interessenbekundungsverfahrens sowie der wirtschaftlichen und personellen Ressourcen zu prüfen. Die vorliegende Nutzungs- und Entwicklungsstudie wird zu diesem Zweck aktualisiert. Abhängig vom Ergebnis der Prüfung wird dann ein geeigneter Standort, unter Einbindung der Ergebnisse der Einwohnerbefragung und dem Votum des Bürgerbegehrens für eine Stadthalle ermittelt und das Ergebnis dem Rat zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.*

Der geänderte Änderungsantrag wurde mit **4 x Ja**-Stimmen und **5 x Nein**-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Marušić unterstrich noch einmal die Wichtigkeit einer Stadthalle für das Oberzentrum Wilhelmshaven. Die künftige Stadthalle in der Grenzstraße entsprechend vom Ober- ins Erdgeschoss abzusenken, sei finanziell nicht kalkulierbar.

Frau Stomberg teilte mit, dass die Stadt Wilhelmshaven im Moment keine Stadthalle braucht bzw. sich nicht leisten kann.

Frau Mandt betonte, dass aus Sicht der CDU das Oberzentrum Wilhelmshaven sehr

wohl eine Stadthalle benötigt. Mit Hilfe des Interessenbekundungsverfahrens könnte festgestellt werden, ob private Betreiber vorhanden sind. Die Entscheidung für eine Stadthalle, sei eine Entscheidung für die Zukunft der Stadt Wilhelmshaven. **Herr Fischer** stimmt Frau Mandt vollumfänglich zu.

Die getrennte Abstimmung der durch den Änderungsantrag geänderten Vorlage ergab folgendes Ergebnis:

1. Ziffer Änderungsantrag der Fraktion WIN@WBV

Es wurde mit **6 x Ja**-Stimmen und **3 x Nein**-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

2. Ziffer Originalvorlage 265/2022

Es wurde mit **0 x Ja**-Stimmen und **7 x Nein**-Stimmen und **2 x Enthaltung** **mehrheitlich abgelehnt**.

3. Ziffer Originalvorlage 265/2022

Es wurde mit **3 x Ja**-Stimmen und **5 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** **mehrheitlich abgelehnt**.

4. Ziffer Originalvorlage 265/2022

Es wurde mit **2 x Ja**-Stimmen und **6 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

1. Der Rat beschließt das Grundstück Grenzstraße 24 als möglichen Standort für einen Neubau der Stadthalle auszuschließen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Verkauf der Liegenschaft Grenzstr. 24, Jadezentrum, und Gerichtstr. 5, Parkhaus im Zentrum (PIZ) vorzubereiten
3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven spricht sich für die Errichtung einer neuen Stadthalle aus.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und personellen Ressourcen zu prüfen. Die vorliegende Nutzungs- und Entwicklungsstudie wird zu diesem Zweck aktualisiert und auf Grundlage dieser ein geeigneter Standort für einen Neubau ermittelt und das Ergebnis dem Rat zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.

3.4 Wirtschaftsplan GGS Ausführung 2022 – Vorbereitung 2023

267/2022

Herr Marušić erläuterte anhand der anhängenden Management Summary zu dem Wirtschaftsplan 2022 und die daraus resultierenden Vorschläge für den Wirtschaftsplan 2023 ff, dass nicht alle Projekte aus dem Wirtschaftsplan aus finanziellen Gründen und aus Mangel an Ingenieuren parallel abgearbeitet werden können. Daher ist eine Priorisierung der Projekte und die Festlegung erforderlich, welche Projekte nicht bzw. derzeit nicht weiterverfolgt werden sollen.

Herr Bruns erläuterte ergänzend, dass Maßnahmen nur dann begonnen werden dürfen, wenn die Finanzierung der Gesamtmaßnahme gesichert ist.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Hager, Herr Becker, Frau Heide, Herr Burkhardt, Herr Fischer, Frau Mandt und Herr Tönnies**. Der Ausschuss präferierte nach dieser eine Verweisung der Angelegenheit in die Fachausschüsse.

Herr Marušić betonte, dass die Vielzahl der betroffenen Ausschüsse ihre Projekte jeweils immer als dringend einstufen werden. Die Entscheidung der Priorisierung kann, seiner Meinung nach, nur der Rat treffen und wies auf die Dringlichkeit einer Entscheidung hin.

Herr Burkhardt stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Beschlussvorlage und Zurückverweisung in die Ausschüsse.

Dem Geschäftsordnungsantrag wurde mit **7 x Ja**-Stimmen und **2 x Nein**-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: **-vertagt-**

Der Rat stimmt den vorgeschlagenen Änderungen im Rahmen des Investitionsprogramms 2022 zu. Die dargestellten Planungen für den Wirtschaftsplan 2023 werden unterstützt. Hierzu erfolgt die endgültige Beschlussfassung im Rahmen des Wirtschaftsplans 2023.

3.5 Antrag der WIN@WBV-Fraktion: Dachbegrünung von Bushaltestellen

539/2022

Herr Fischer trug den Antrag vor, erläuterte diesen und bat um Zustimmung.

Herr Marušić ergänzte dazu, dass GGS den Vertrag über die Stadtwerbung betreut und die Bushaltestellen über einen Untervertrag von der Firma Stroer gestellt und bewirtschaftet werden. Der vorliegende Antrag berücksichtigt die Kosten der begehrten Maßnahme nicht. Diese sind derzeit für die Verwaltung auch nicht bezifferbar, sondern nur, wenn in die Ausschreibung die Optionen „Mit Dachbegrünung“ und „ohne Dachbegrünung“ mit aufgenommen und separat ausgewiesen werden.

Frau Mandt unterstützte diesen Antrag als CDU-Fraktion und würde die Ergänzung als Option für die Ausschreibung mitaufnehmen.

Herr Hager begrüßt den Antrag als SPD Fraktion.
Der Antrag soll um folgenden Satz ergänzt werden:

Dies ist als Option kostenmäßig auszuweisen und dem Rat vorzulegen.

Frau Mandt trug den geänderten Antrag vor.

Dem geänderten Antrag wurde mit **9 x Ja**-Stimmen **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: **-geänderter Beschlussvorschlag-**

Der Ausschuss beschließt, der Eigenbetrieb GGS wird beauftragt, bei der nächsten Ausschreibung des Betriebs der Bushaltestellen im Stadtgebiet eine extensive Dachbegrünung durch den künftigen Betreiber vorzusehen.

Dies ist als Option kostenmäßig auszuweisen und dem Rat vorzulegen.

Begründung:

Gründächer sind nachweislich eine wirksame Maßnahme zur Verbesserung des lokalen Klimas und zur Erhöhung der Biodiversität im städtischen Umfeld. Sie helfen Feinstaub zu binden und die Luft zu reinigen. Die Nutzung der Dachflächen von Bushaltestellen als zusätzliche Retentionsflächen und Trittsteinbiotope für Pflanzen und Tiere ermöglichen eine effektive Biointegration dieser Bauwerke an ihrem jeweiligen Standort. Die Stadt Utrecht hat dies beispielsweise im Rahmen der Ausschreibung des Betriebes ihrer Bushaltestellen realisiert (<https://www.utrecht.nl/city-of-utrecht/green-roofedbus-shelters-in-utrecht/>). Errichtung und Pflege werden dort vom Betreiber vorgenommen. Der Bundesverband GebäudeGrün e.V. (BuGG) begrüßt die Begrünung der 316 Bushaltestellen der niederländischen Stadt Utrecht als beispielhaftes städtisches Engagement für mehr Nachhaltigkeit und ruft zur Nachahmung auf.

3.6 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Aufnahme eines beratenden Mitgliedes aus dem Seniorenbeirat in die Fachausschüsse **546/2022**

Herr Burkhart trug den Antrag vor und erläuterte diesen mit der Bitte um Zustimmung.

Nach kontroverser Diskussion an der sich **Frau Mandt, Herr Becker, Herr Tönjes** und **Frau Stomberg** beteiligten, brachte **Herr Fischer** den nach folgenden Änderungsantrag der Fraktion WIN@WBV ein und bat um Zustimmung:

Der Rat beschließt, die Verwaltung wird beauftragt ein Verfahrensvorschlag zu erarbeiten der auf Basis konkreter Tagesordnungspunkte die beratende Mitwirkung der verschiedenen kommunalen Interessenvertretungen zunächst Seniorenbeirat, Behindertenbeirat und Jugendparlament in der Ausschussarbeit ermöglicht.

Dem Änderungsantrag wurde mit **4 x Ja**-Stimmen und **2 x Nein**-Stimmen und **3 x Enthaltungen** mehrheitlich zugestimmt.

Dem geänderten Beschlussvorschlag wurde mit **4 x Ja**-Stimmen und **2 x Nein**-Stimmen und **3 x Enthaltungen** mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss: **-mehrheitlich zugestimmt-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, jeweils ein (1) Mitglied des Seniorenbeirats der Stadt Wilhelmshaven in den folgenden Ausschüssen aufzunehmen:

- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration
- Ausschuss für Planen und Bauen
- Ausschuss für Kultur
- Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
- Ausschuss für Sport
- Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven.

Das entsendete Mitglied des Seniorenbeirats wird als beratendes und nicht stimmberechtigtes Mitglied an den Ausschusssitzungen teilnehmen.

Rechtsgrundlage: NKomVG §71 Abs. 7

Begründung:

In einer älter werdenden Gesellschaft tragen die Älteren in besonderem Maße gesellschaftliche Mitverantwortung. Als Gruppe Grüne und GfW möchten wir dem Seniorenbeirat die Möglichkeit geben, an der politischen Gestaltung vor Ort aktiv mitzuwirken. Demokratie benötigt aktive Demokratinnen und Demokraten aller Generationen. In unserem Land gibt es unterschiedlichste Möglichkeiten der Teilhabe und viele Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen nutzen die Chance aktiv mitzugestalten. Um den Mitgliedern des Seniorenbeirats der Stadt Wilhelmshaven die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen zum Wohle der gesamten Gesellschaft einzubringen, wird die Aufnahme in die oben erwähnten Ausschüsse empfohlen. Wie andere Generationen wollen auch sie mit ihrem Engagement etwas Sinnvolles für sich selbst und andere bewirken. Ihr Engagement ist ein Gewinn für die Wilhelmshavener Gesellschaft wie auch für die Engagierten selbst. Gebraucht zu werden und sich nützlich zu machen, steigert die Lebenszufriedenheit und trägt zur

Gesunderhaltung bei. Die Gesellschaft profitiert wiederum von der Lebenserfahrung, den Kompetenzen, den vorhandenen Zeitressourcen, den Kontakten und dem politischen Gespür der älteren Generationen. Dieses Engagement gilt es zu festigen und zu verstärken. Als Gruppe Grüne und GfW haben wir zur Vorbereitung dieses Antrages die Beteiligung der Seniorenvertretungen in anderen vergleichbaren Städten (Einwohner 50000+) in Niedersachsen ausgewertet und als Anlage diesem Ratsantrag beigelegt. In der Auswertung ist ersichtlich, dass viele niedersächsische Kommunen und Städte der älteren Generation die Möglichkeit geben, sich aktiv mit ihren Bedürfnissen und Erfahrungen in den einzelnen Ausschüssen gewinnbringend einzubringen. Diese Chance gilt es, gerade vor dem Hintergrund des Wandels auch für die Stadt Wilhelmshaven zu nutzen.

3.7 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: 556/2022
Sanierung und Ausbau Pumpwerk

Herr Fischer trug den gemeinsamen Antrag vor und bat um Zustimmung.

Beschluss: **-mehrheitlich zugestimmt-**

Es wird beauftragt, dass das durch die Strukturhilfen finanzierte Projekt „Sanierung und Ausbau Pumpwerk“ ohne weiteren Zeitverzug umgesetzt wird. Die Verwaltung soll im Rahmen der Ratssitzung im September 2022 einen konkreten Zuständigkeits-/Umsetzungsplan vorlegen und anschließend über den Fortschritt der Maßnahme quartalsweise berichten. Notwendige Beschlüsse/Beteiligungen sind sofort zu veranlassen.

Begründung:

Vor dem Hintergrund der Verantwortung und Bedeutung Wilhelmshavens für die Versorgungssicherheit Deutschlands sowie mit Blick auf den Strukturwandel sind erste sichtbare Zeichen einer positiven Veränderung für die Stadtgesellschaft wichtig. Das Regionalmanagement Strukturwandel Kohleausstieg benennt die Sanierung und den Ausbau des Pumpwerks als eines der ersten Projekte. Die geplante Maßnahme wurde dem Rat der Stadt Wilhelmshaven bereits vorgestellt und fand fraktionsübergreifend großen Zuspruch. Das Pumpwerk soll DAS kulturelle Zentrum des Oberzentrums Wilhelmshaven werden. Es soll eine Stärkung der touristischen Infrastruktur und eine Verbesserung der Lebensqualität der hier lebenden Bürger erreicht werden. Damit sind die Voraussetzungen für die Förderung mit Kohlestrukturfördermitteln erfüllt. Seit 2009 liegen Architektenentwürfe vor, auf deren Basis noch bis Ende des Jahres als nächster Schritt ein Architektenwettbewerb durchgeführt werden sollte. Seitens der Verwaltung sind alle Möglichkeiten einer

beschleunigten Umsetzung in Erwägung zu ziehen. In diesem Hinblick kann beispielsweise zur personellen Ressourcenschonung des Eigenbetriebes GGS die Möglichkeit einer Wettbewerbsbetreuung durch ein Fachpreisgericht und eine Totalunternehmervergabe geprüft werden. Die Projektumsetzung kann als Musterprozess für die weitere Umsetzung der Strukturhilfeinvestitionsmittel dienen, zumindest wesentliche Erkenntnisse für etwaige Anpassungen liefern.

3.8 gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: 557/2022
„Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“

Herr Fischer trug den gemeinsamen Antrag vor und bat um Zustimmung.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Ratssitzung im September 2022 zu prüfen, welche konkreten Schritte zur Entwicklung eines Leitbildes „Wilhelmshaven 2045“ im Einklang mit dem Projekt „Regionalmanagement Strukturwandel Kohleausstieg“ nötig sind. Als Basis sollen die Ergebnisse des 2014 vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungsplan „StepPlus“ dienen. Das Leitbild „Wilhelmshaven 2045“ soll unter anderem als Grundlage für die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans (FNP) dienen und - ähnlich wie der Prozess StepPlus eine Bürgerbeteiligung vorsehen.

Begründung:

Der Prozess des energiepolitischen Strukturwandels hat unter anderem erhebliche Auswirkungen auf die weitere städteplanerische Entwicklung Wilhelmshavens und der umliegenden Region. Zugleich ist die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans für die Stadt Wilhelmshaven dringend notwendig. Dies wurde seitens der Verwaltung bereits im Rahmen des Antrags "Projektplanung zur Erarbeitung eines neuen Flächennutzungsplanes" (520/2022) grundsätzlich bejaht. Ziel des Antrages ist, die wertvollen Ergebnisse des Stadtentwicklungsplan StepPlus mit den neuen Anforderungen aus dem Strukturwandel zu einem integrierten Leitbild zusammenzuführen und daraus unter anderem einen neuen Flächennutzungsplan (FNP) zu entwickeln.

3.9 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Fusion von TBW und GGS

563/2022

Bei der Feststellung der Tagesordnung vertagt.

Beschluss: **-vertagt-**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge prüfen, ob eine Zusammenlegung der städtischen Gesellschaften ‚Technische Betriebe Wilhelmshaven‘ (TBW) und ‚Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven‘ (GGG) formaljuristisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Dabei sollten insbesondere folgende Punkte dem Rat erörtert werden:

- a) juristische Machbarkeit und mögliche Hürden
- b) wirtschaftliche Machbarkeit und Effekte auf den Haushalt der Stadt
- c) personelle Auswirkungen.

Begründung:

Seit längerem sind dem Rat der Stadt die extrem angespannte personelle Situation, insbesondere bei GGG und die damit verbundenen negativen Effekte auf den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven bekannt. Die personelle Situation lässt sich nach Angaben der Verwaltung nicht kurzfristig lösen.

Aus Sicht der Ratsgruppe GRÜNE und GfW läge die Lösung in einer Fusion der beiden stadteigenen Gesellschaften.

Der Antrag sollte zunächst Nicht-Öffentlich behandelt werden, um die Mitarbeitenden und die Öffentlichkeit nicht im Vorfeld schon zu verunsichern.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Tanzveranstaltung in der Stadthalle

Herr Brandt bat um Auskunft, warum in der Stadthalle Tanzveranstaltungen stattfinden könnten, obwohl die Nutzung der Stadthalle untersagt wurde.

Herr Marušić erläuterte dazu, dass derzeit eine Nutzungsuntersagung der Bauordnungsbehörde für die Versammlungsstätte und das Foyer der Stadthalle vorliegt. Von dieser sind nicht alle Gebäudeteile erfasst. Dazu gehören z.B. die ehemalige STUWO Diskothek, die großen Vorbereiche im Erdgeschoß und im ersten Stock. In diesen Bereichen hätte die genehmigte Tanzveranstaltung mit bis zu 3000 Teilnehmern stattgefunden, wenn sie nicht vom Veranstalter abgesagt worden wäre.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

4.2 Verlegung der BGGs Sitzung auf den Nachmittag

Frau Mandt fragt nach dem Sachstand bezüglich der Verlegung der BGGs Sitzung auf den Nachmittag.

Herr Marušić berichtete dazu, dass bei der Aufstellung des neuen Sitzungskalenders 2023 der FB 13 (Kommunikation & Koordination) versucht wird, die BGGs Sitzung auf den Nachmittag zu positionieren. Für dieses Jahr ist eine solch umfassende Änderung des Sitzungskalenders nicht möglich.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 12:50 Uhr

gez.

Marušić
Stadtbaurat

gez.

Mandt
Vorsitzende

gez.

Müller
Protokollführerin